

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

41. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 7. Mai 2015

(16.01 Uhr bis 23.16 Uhr)

1. Feststellung der Tagesordnung.....	2
2. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers.....	3
Stadtverordnete Jutta Ditzfurth, ÖkoLinX-ARL:.....	3
Stadtverordnete Carmen Thiele, LINKE:.....	4
3. 40. Fragestunde.....	5
Frage Nr. 2122.....	5
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:.....	5
Stadträtin Sarah Sorge:.....	6
Frage Nr. 2123.....	13
Stadtverordnete Natascha Kauder, GRÜNE:.....	13
Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:.....	13
Frage Nr. 2124.....	14
Stadtverordneter Arne Knudt, SPD:.....	15
Stadträtin Sarah Sorge:.....	15
Frage Nr. 2125.....	16
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE:.....	16
Stadtkämmerer Uwe Becker:.....	17
Frage Nr. 2126.....	5
Stadtverordneter Stefan Freiherr von Wangenheim, FDP:.....	5
Stadträtin Sarah Sorge:.....	6
Frage Nr. 2127.....	5
Stadtverordneter Mathias Mund, FREIE WÄHLER:.....	5
Stadträtin Sarah Sorge:.....	6
Frage Nr. 2128.....	18
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, RÖMER:.....	18
Stadträtin Rosemarie Heilig:.....	18
Frage Nr. 2129.....	19
Stadtverordnete Eva Maria Lang, CDU:.....	19
Stadträtin Rosemarie Heilig:.....	20
Frage Nr. 2130.....	21
Stadtverordnete Hilime Arslaner-Gölbasi, GRÜNE:.....	21
Stadträtin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg:.....	21
Stadtverordnete Carmen Thiele, LINKE:.....	23
Frage Nr. 2137.....	6
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE:.....	6
Stadträtin Sarah Sorge:.....	6
Frage Nr. 2138.....	19
Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:.....	19
Stadträtin Rosemarie Heilig:.....	20

Somit ist auch für die bisher nicht auf der Tagesordnung verzeichneten Beratungspunkte die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 58 Absatz 2 der HGO erreicht. Gleichzeitig ist die Tagesordnung einschließlich der nicht öffentlich zu behandelnden Beratungsgegenstände für die heutige Sitzung festgestellt. Die endgültige Tagesordnung I sowie die ergänzenden Beschlussempfehlungen zur Tagesordnung II werden Ihnen in Kürze ausgehändigt.

Tagesordnungspunkt 2.

Stadtverordnetenvorsteher Stephan Siegler:

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 2., Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers, auf.

Würden Sie es bitte unterlassen, die Sitzung zu stören und Gegenstände in den Plenarsaal zu werfen?

(Beifall)

Sind Sie jetzt fertig?

Möchte sonst noch jemand für etwas demonstrieren?

(Beifall)

Ich fordere die Demonstranten beider Gruppen auf, jetzt den Besucherbereich zu verlassen.

Ich unterbreche die Sitzung, bis die Besucher den Sitzungssaal verlassen haben.

(Unterbrechung der Beratungen von 16.12 Uhr bis 16.14 Uhr)

Stadtverordnetenvorsteher Stephan Siegler:

Ich fordere Sie erneut auf, den Besucherbereich des Sitzungssaales zu verlassen.

Herr Stoodt, würden Sie bitte den Saal verlassen?

Meine Damen und Herren, nachdem die Störung beendet ist, können wir mit der Sitzung fortfahren.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2., Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers, auf. Die FREIE WÄHLER-Fraktion hat mir unter dem 20.04.2015 mitgeteilt, dass sie künftig nicht mehr den Namen „FREIE WÄHLER-Fraktion“ trägt, sondern „Bürger Für Frankfurt im Römer“ heißt. Das Kürzel lautet „BFF im Römer“. Diese Änderung gilt ab der nächsten Sitzungsrunde. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Der Herr dort hinten in der Ecke möge bitte den Saal verlassen. Er gehört zu keiner Fraktion.

(Zurufe)

In der informellen Runde der Geschäftsführer habe ich schon Ausführungen zu folgendem Sachverhalt gemacht: Wir haben während der Plenarsitzungen erhebliche Probleme damit, dass im Plenarsaal große Unruhe herrscht. Diese Unruhe im Plenarsaal wird unter anderem durch alle möglichen Besucher, die sich im Saal aufhalten, und durch Menschen, die vorgeben, Mitarbeiter oder ehrenamtliche Mitarbeiter irgendwelcher Fraktionen zu sein, verursacht. Wir hatten eben wieder den Fall, dass dort sehr viel Unruhe aufkam. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass man die Redner beim Audiostream dagegen wesentlich besser verstehen kann, weil man die Unruhe im Saal nicht so hört, wie es hier während der Sitzung der Fall ist. Das alles erschwert die Sitzungsleitung ungemein. Ich unterstelle den meisten Stadtverordneten, dass sie ein Interesse daran haben, auch akustisch zu verstehen, was der Redner sagt. Aus gegenseitigem Respekt wäre es schon sehr wertvoll, wenn wir uns auf diesen Konsens einigen könnten.

Frau Ditfurth, bitte!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Daran besteht sicher ein Interesse. Es ist vollkommen klar, dass jeder zu verstehen sein sollte und man den Leuten zuhört. Wenn

man das nicht möchte, geht man eben raus. Das Problem in den Sitzungen ist aber nicht nur, wenn Sie ganz ehrlich sind, Herr Siegler, dass sich Mitarbeiter, und zwar von verschiedenen Fraktionen, einmal mit ihren Stadtverordneten oder untereinander unterhalten, sondern das Problem ist die unglaubliche Disziplinlosigkeit in den Reihen der Stadtverordneten und der Mitglieder des Magistrats. Sobald es sich bei den Rednern nicht um Angehörige einer größeren Fraktion handelt, reden viele hier im Saal sehr laut, sind die Magistratsbänke halb leer oder finden längere Gespräche statt. Ich erinnere Sie daran, wie oft Sie auch Ihre eigenen Kollegen ermahnen müssen. Deswegen bitte ich Sie, den Hammer bei so einem Appell nicht einseitig auf abhängig Beschäftigte fallen zu lassen, sondern das Haus insgesamt anzusprechen. Das wäre fair.

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Ich habe den Hammer nicht auf abhängig Beschäftigte fallen gelassen. Mitarbeiter der Fraktionen haben ausdrücklich das Recht, im Plenarsaal anwesend zu sein. Frau Ditfurth, Sie haben auch einen Helfer, der sich regelmäßig im Saal aufhält und über den es bereits mehrfach Beschwerden gab, weil er dort hinten in der Ecke sehr aktiv und deutlich vernehmbar an den Sitzungen teilnimmt. Da ist es schon erforderlich, darauf hinzuweisen. Das ist an alle Fraktionen, aber auch an die fraktionslosen Stadtverordneten gerichtet. Es ist auch bisher von allen so verstanden worden. Ich würde mich freuen, wenn Sie das auch so verstehen könnten.

(Zurufe)

Das habe ich vorhin doch schon gemacht. Sie können es gerne im Wortprotokoll nachlesen. Ich werde es hier nicht noch einmal wiederholen, Frau Ditfurth.

Frau Thiele, Sie haben jetzt das Wort. Bitte!

Stadtverordnete Carmen Thiele, LINKE.:

Herr Stadtverordnetenvorsteher, Sie haben eben den Eindruck erweckt, dass es sich bei dem Herrn in der Ecke möglicherweise um einen ehrenamtlich Tätigen oder sonst jemanden in Bezug auf unsere Fraktion han-

deln könnte. Ich wollte Ihnen mitteilen, dass Herr Wahl, der in der Tat nur selten bei den Plenarsitzungen anwesend ist, weil er sehr weit entfernt wohnt, in unserem Büro arbeitet. Er ist seit über einem Jahr fest angestellter Vollzeitbeschäftigter. Dies nur zu Ihrer Kenntnis.

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Vielen Dank! Es war in der Tat ein Gesicht, das ich hier noch nicht gesehen habe. Aber ich kann es jetzt wenigstens zuordnen. Gleichwohl hat er dort hinten in der Ecke nicht unerheblich zur Unruhe beigetragen. Ich würde Sie also darum bitten, Ihre Fraktionsmitarbeiter darauf hinzuweisen, dass sie sich hier im Saal entsprechend ruhig verhalten.

Ich fahre mit den Mitteilungen fort: Die Niederschrift über die 40. Plenarsitzung vom 26.03.2015 ist auf dem Präsidiumstisch offengelegt. Die Ermächtigungsbeschlüsse sind in den Niederschriften der Ausschüsse dokumentiert, die ebenso hier ausliegen. Falls bis zum Schluss der Sitzung kein Einspruch erhoben wird, ist die Niederschrift genehmigt.

Das Wortprotokoll über die 40. Plenarsitzung ging Ihnen unter dem 06.05.2015 zu. Für das Wortprotokoll über die heutige Plenarsitzung gelten die folgenden Termine: Ihre Reden werden Ihnen per E-Mail beziehungsweise über die Postfächer im Büro der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch, dem 27.05.2015, um 12.00 Uhr zugestellt. Die Abgabefrist für die Redekorrekturen endet am Montag, dem 01.06.2015, um 15.00 Uhr im Büro der Stadtverordnetenversammlung.

Die 42. Plenarsitzung findet am Donnerstag, dem 11.06.2015, um 16.00 Uhr statt. Die Ausschussserie beginnt am 28.05.2015. Die Einladungen gelten als zugestellt, sobald sie in Ihren Postfächern im Büro der Stadtverordnetenversammlung niedergelegt beziehungsweise als E-Mail versandt sind. Auf den Tagesordnungen der Ausschüsse werden grundsätzlich alle Vorlagen erfasst, die in der Zeit vom 15.04.2015 bis 13.05.2015 Eingang in die Versandpakete gefunden haben.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Abgabefrist für die Fragen der Fragestunde wegen des Feiertages Fronleichnam auf Mitt-

7. Zukunft des Klinikums Höchst	65
Bericht des Magistrats vom 12.01.2015, B 4	
Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:.....	65
Stadtverordnete Verena David, CDU:.....	67
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:.....	70
Stadtverordneter Patrick Schenk, FREIE WÄHLER:	72
Stadtverordneter Gert Trinklein, FDP:	73
Stadtverordnete Birgit Ross, GRÜNE:.....	74
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	76
Stadtkämmerer Uwe Becker:	77
Stadträtin Rosemarie Heilig:.....	81
Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:.....	82
Stadtverordnete Verena David, CDU:.....	84
8.1 Resolution: 8. Mai 1945 - Tag der Befreiung	87
Antrag der LINKE. vom 26.03.2015, NR 1172	
8.2 Resolution zum 8. Mai 1945 - Kriegsende und Neubeginn	87
Gemeinsamer Antrag der CDU, der GRÜNEN, der SPD und der FDP gemäß § 17 (3) vom 04.05.2015, NR 1197	
Stadtverordnete Carmen Thiele, LINKE.:	87
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	88
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	90
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:	91
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	92
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, FREIE WÄHLER:	92
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	94
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:	95
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	96
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:.....	97
9. Alternativenprüfung des Areals für die DFB-Akademie.....	98
Antrag der RÖMER vom 30.03.2015, NR 1174	
<u>hierzu:</u> Antrag der RÖMER vom 22.04.2015, NR 1183	
Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:.....	98
Stadtverordneter Eugen Emmerling, SPD:	100
Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE:	101
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, FREIE WÄHLER:	102

(Beifall)

Im Gegensatz dazu war es für die Rechten typisch - war und ist es auch bis heute noch -, den Fokus auf Niederlage, Kapitulation, deutsche Opfer oder Vertreibung zu legen. Deshalb ist diese Abgrenzung und diese Deutungshoheit so wichtig. Herr von Weizsäcker hat noch eine Bitte geäußert, eine Bitte, an die sich jeder erinnern sollte - heute mehr denn je. Er hat darum gebeten, sich nicht in Feindschaft und Hass gegen andere Menschen hineintreiben zu lassen. Damals hat er Russen oder Amerikaner, Juden oder Türken, Alternative oder Konservative, Schwarz oder Weiß benannt. Heute hätte er zusätzlich sicher alle Migrantinnen und insbesondere auch die Muslime benannt.

Diese Bitte ist in der heutigen Zeit wichtiger und aktueller denn je. Der momentane Zustand in unserer Gesellschaft lässt durchaus Zweifel zu, ob es noch lange gelingen wird, diese Gesellschaft friedlich zusammenzuhalten.

Ein Blick auf die täglichen Ausgrenzungen, die Menschen bei uns heute im Großen oder Kleinen erleben, der Umgang mit Hartz IV-Empfängern, der teilweise menschenunwürdige Umgang mit Flüchtlingen, die Schutz und Hilfe bei uns suchen, der Rassismus und der Antiislamismus, der ständig wächst - das muss uns warnen, dass wir auf keinem so friedlichen Wege innerhalb unserer Gesellschaft sind, wie wir denken. Soziale Ungleichheit, das Auseinandertriften von Gesellschaftsschichten, eine Spaltung, die immer weiter fortschreitet, das ist Sprengstoff auch innerhalb Europas. In Zeiten des Siegeszuges der neoliberalen Politik, die die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandertriften lässt, in Zeiten, in denen wieder Kriege mit deutscher Hilfe geführt werden und vor allem auch mit deutschen Waffen, wird uns deutlich vor Augen geführt, dass wir seit unserer Befreiung nicht genug gelernt haben. Ob damals unsere Befreier wirklich dafür gekämpft haben? Nein, der 8. Mai ist kein Kriegsende gewesen, keine Niederlage. Er ist der Tag der Befreiungen. Das ist eine Begrifflichkeit, die uns wichtig ist.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Lothar Stapf:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Ditfurth, ÖkoLinX-ARL. Bitte!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Schönen guten Abend!

Es ist interessant, dass dieser Tagesordnungspunkt so weit hinten aufgerufen wird. Ich könnte mir Zeiten in den Achtzigern vorstellen, in denen ein solcher Punkt von konservativer Seite durchaus nach vorne gesetzt und sehr viel früher behandelt worden wäre. Der 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung vom NS-Faschismus. Punkt. Damit könnte alles gesagt sein.

(Beifall)

Die Rede von Bundespräsident von Weizsäcker aus dem Jahr 1985 gilt der bürgerlichen Mitte als Musterbeispiel differenzierter Geschichtsbetrachtung, weil ein Bundespräsident 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg endlich feststellte, dass es der Tag der Befreiung gewesen ist. Es waren übrigens kritische Historiker, die ihn dazu brachten. Er hatte sich das nicht allein ausgedacht. Das als kleine Anmerkung zu Frau Thiele. Er verwandelte in seiner Rede aber auch die Deutschen - liest man die ganze Rede - in Opfer Hitlers, dem sie bei der Vernichtung der Jüdinnen und Juden nur als Werkzeug gedient hätten.

In seiner Rede heißt es: „Die anderen Völker wurden zunächst Opfer eines von Deutschland ausgehenden Krieges, bevor wir selbst zu Opfern unseres eigenen Krieges wurden.“ Weiter: „Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt.“

Wir Deutschen also doch Opfer? Den Heimatvertriebenen wurde das Schwerste abverlangt? Jüdinnen und Juden, Sozialistinnen und Sozialisten, Kommunistinnen und Kommunisten, Roma und Sinti, Homosexuelle,

Osteuropäerinnen und Osteuropäer sowie alle anderen NS-Opfer zwischen 1933 - die Vorkriegsjahre werden oft vergessen - und 1945 sind aus dieser neo-volksgemeinschaftlichen Definition von „uns“ und „wir“ ausgeschlossen.

Wegen des unkritischen Bezuges auf von Weizsäcker stimmen wir dem ersten und letzten Absatz des Antrags der LINKE.-Fraktion, NR 1172, zu, nicht aber dem zweiten und dritten Absatz. Und bitte lasst doch den rettungslos vergifteten deutschen Begriff „Volk“ beiseite.

Zum Antrag NR 1197: 70 Jahre nach der Befreiung vom NS-Faschismus liegt ein wirklich lächerlicher Antrag von CDU, GRÜNEN, SPD und FDP vor. Ist das die Addition Ihrer intellektuellen Kompetenz? Mein Beileid. Der Antrag geht hinter die von von Weizsäcker 1985 gehaltene Rede weit zurück. Seine Überschrift lautete: „Kriegsende und Neubeginn“. Sie haben nicht den Mut, den 8. Mai im Konsens zu 1985 aufzugreifen und ihn „Tag der Befreiung“ zu nennen. „Neubeginn“? An diesem Tag war in Europa das von den Deutschen verschuldete Massenmorden vorbei. Viele Menschen starben noch danach an den Folgen von Lager, Folter, Todesmärschen und Hunger. Etwa 50 bis 60 Millionen waren tot - sechs Millionen jüdische Menschen, 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus der Sowjetunion, Hunderttausende Briten und US-Amerikaner.

„Neubeginn“ der Deutschen? Haben Sie sich jemals mit den Biografien jener Nazis befasst, die die Institutionen dieses Staates wieder mit aufbauten? Haben Sie jemals nur die Protokolle der „Persilschein-Manufakturen“, genannt Entnazifizierungsausschüsse, gelesen oder sich dafür interessiert. Der Historiker Norbert Frei erklärte die äußerliche Demokratisierung der Westdeutschen so: „Zum einen waren der totale moralische Bankrott und die Totalität der politischen Niederlage ... für jedermann“ - Unterschied zu 1918! - „klar erkennbar. Nichts von dem, was politisch bis zum Frühjahr 1945 galt, war zukunftsfähig. Das erkannten doch die meisten Deutschen, auch wenn sich manche damit schwer taten. Daher auch die rasche Bereitschaft, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren. Damit waren jede

Menge Lügen und Beschönigungen verbunden.“

Und die hören nicht auf. Sie reden in Ihrem grauenhaften Antrag von Freiheit, Demokratie und Achtung der Menschenrechte. Aber wie oft ist zum Beispiel das Grundgesetz seit 1949 geändert worden? Sechzig Mal, siebzig Mal? Versuchen Sie, es herauszufinden. Es verschwanden viele fortschrittliche Passagen - nicht nur das Asylrecht.

Sie behaupten, Ihre Lektion sei auch das „Verbot der gewaltsamen Veränderungen von Grenzen“. Ein kleiner Seitenhieb, die Kritik am Verhalten Russlands bezüglich der Krim ist völlig richtig. Aber haben Sie denn selbst vergessen, dass Deutschland gegen die Warnungen anderer europäischer Staaten Anfang der 1990er-Jahre durch das Pushen der nationalen Eigenstaatlichkeit der jugoslawischen Teilstaaten Kroatien und Slowenien maßgeblich die Grenzen Jugoslawiens verändern half? Eine wesentliche Voraussetzung für die folgenden Kriege auf dem Balkan.

Sie behaupten, sich tatkräftig für „ein friedliches Zusammenleben“ der Menschen einzusetzen. Womit denn? Mit Militäreinsätzen? Mit Kapital- und Wareneinsätzen, welche die Lebensbedingungen der Menschen in afrikanischen Staaten ruinieren? Tatkräftigen Einsatz gibt es allenfalls im Hochrücken europäischer Grenzen und beim Verwandeln des Mittelmeeres in ein Massengrab. Ihre Lektionen sind trostlos, so wie Ihr Antrag. Sie brauchen einen Neubeginn, ein Reset Ihrer Wertvorstellungen. Sie sollten wenigsten siebzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg dazu stehen, dass der 8. Mai ein Tag der Befreiung war. Siebzig Jahre nach der Befreiung vom NS-Faschismus ist die Mehrheit dieses Hauses aber sogar unfähig, den Anfängen zu wehren, wie zum Beispiel auf den Straßen Frankfurts. Es hört nie auf, wie Canetti sagte.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall, Zurufe)

sem ganzen Prozess. Das muss man auch der FDP nicht erzählen, und zwar nicht erst ab 1945, sondern auch vor 1933.

Zur LINKEN.: Herr Reininger, ich mache jetzt einmal die ganz dumme Nummer. Wissen Sie, was Sie einmal machen müssten? Sie tun leider immer so, als wären Sie die westdeutschen LINKEN. Aber wir kennen doch Ihre Geschichte, die Geschichte Ihrer Partei. Und die lautet SED, PDS, LINKE. Ich finde, Sie haben das Recht, sich mit der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen, selbstverständlich, aber Sie müssten sich auch einmal mit der Geschichte der DDR richtig auseinandersetzen.

(Beifall)

Das muss ich Ihnen einfach einmal sagen. Sie müssten sich auch einmal mit dem verordneten Antifaschismus auseinandersetzen. So war das doch in der DDR. Sie haben gesagt, wir, ab 1945, sind die besseren Faschisten, die anderen sind alle im Westen. Weil Sie sozusagen mit den Kommunisten das Ganze befreit haben, gibt es bei Ihnen keine. Es hat in der DDR nie eine gesellschaftliche Aufarbeitung dieses Phänomens gegeben, sondern Sie haben es verordnet.

(Beifall)

Die DDR-Führung hat es verordnet. Das hat dann zu so skurrilen Ereignissen geführt, dass nach meinem Kenntnisstand jedes DDR-Kind in Buchenwald gewesen sein musste. Aber wo gab es die großen Ausschreitungen nach 1990? Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Und das zeigt, was passiert, wenn man es nicht ernst nimmt und sich mit der Geschichte nicht auseinanderzusetzen, sondern ein SED- und Politbüro nur Phrasen drischt und meint, man habe damit sozusagen die Geschichte bewältigt.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Lothar Stapf:**

Meine Damen und Herren, die nunmehr vorläufig letzte Wortmeldung kommt von Frau Ditfurth, ÖkoLinX-ARL. Bitte schön!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Ich verstehe, Herr Paulsen, dass es langsam auffällt, dass dieser Antrag, den vier machtvolle Fraktionen geschrieben haben, peinlich und schlecht ist. Dass so etwas einfach durchrutscht. Und dass dies wieder einmal der Moment ist, wo ich mir eine richtig schöne konservative Position gewünscht hätte, mit der man sich auch auseinandersetzen kann. Aber das gibt er nicht her. Ihr Vorwurf an mich - Sie kommen mit so moralischen Kategorien wie „unredlich“ -, und dies trifft dann für Ihre Kritik an mir in diesem Fall zu, weil ich, im Gegensatz zu dem, was Herr Stock vorhin behauptet hat, in meinem Text - das kann man nachher auch nachlesen - ganz viel aus Ihrem kleinen Antragskorpus zitiert habe. Dieser Antrag besteht im ersten Absatz zum Teil und im zweiten vollständig aus dem behaupteten Neubeginn und aus den Schlussfolgerungen, es habe die „Freiheit“ gebracht, die Achtung der „Menschenrechte“ in der Bundesrepublik - die gibt es ja erst seit 1949 -, und mit der „Deutschen Einheit“ wurde diesen „Errungenschaften“ in „ganz Deutschland“ „Wirklichkeit“. Lauter Behauptungen über die Zeit nach 1945 bis in die Gegenwart.

„Die Erinnerung an die Opfer von Krieg, Völkermord und Gewaltherrschaft sowie das Leid bestärkt uns in unserem festen Willen, an diesen Errungenschaften“, und dann kommt das „vereinte Europa“ als „Friedensordnung“, so lange gibt es das noch nicht, jedenfalls nicht seit 1945, das ist der Hauptteil des Antrages.

Das Schlimme ist hierbei: Hätten Sie einen Antrag mit Ihrer Wertung und Einschätzung dieses einen Tages, des 8. Mai 1945, und das mit mehr Substanz gestellt, dann hätten wir eine schöne und sicher auch kontroverse Diskussion bekommen können. Aber Sie haben flüchtig Begriffe hingeworfen, schlecht

überlegte, schlecht gedachte Sätze, merken das jetzt und greifen deswegen heute die Überbringerin der schlechten Nachricht oder der Kritik an. Das ist nicht in Ordnung.

(Zurufe)

Sie haben behauptet, Herr Stock, ich hätte das nicht einmal gelesen. Sie können so wenig mit Kritik umgehen, dass Sie demjenigen, der Ihren Text gelesen und kritisiert hat, so etwas vorwerfen müssen, weil Ihnen sonst nichts einfällt.

(Zurufe)

Herr Stock, Sie können gut quaken, ich weiß das, aber zwei Drittel Ihres Textes sind nach 1945, deutlich nach 1960, 1970, 1980, 1990 bis in die Gegenwart. Selbstverständlich ist es mir dann auch als Opposition, auch als Minderheit, erlaubt, mich auf diese Spannweite und Ihre Interpretation des 8. Mai, die so hässlich, aber in dem Text so folgenreich ist, zu beziehen. Damit müssen Sie leben.

(Beifall, Zurufe)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Lothar Stapf:**

Es hat noch einmal Herr Stadtverordneter Paulsen das Wort. Bitte schön!

Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:

Frau Ditfurth, ich bin nicht sicher, ob es ein Missverständnis ist. Ich möchte auch sagen, dass ich den Begriff „unredlich“ auch moralisch meine. Ich meine es aber eher historisch-wissenschaftlich. Ich finde es unredlich vom Vorgehen, wenn Sie sagen, die Europäische Union sei keine Friedensordnung oder wenn Sie sagen, es sei zweifelhaft, es so zu sehen. Das mag man so finden, auch mit Bezug auf die Situation der Flüchtlinge, aber ich erinnere daran, dass die Europäische Union vor zwei Jahren den Friedensnobelpreis bekommen hat. Ich fand die Entscheidung nicht ganz verkehrt.

Ich möchte aber noch eines zu der Frage der Interpretation sagen. Selbstverständlich muss

man rückblickend sagen, wenn wir nach 70 Jahren schauen, dass es 1945, nach all dem, was passiert ist, ein Neubeginn war. Selbstverständlich war es ein Neubeginn. Wir müssen das doch werten. Dass dieser Neubeginn ohne Brüche gelaufen ist, dass es die Kiesingers und die Globkes gab, und die ehemaligen Nazi-Juristen, die am Bundesgerichtshof saßen, das wissen wir. Aber trotzdem ist es rückblickend ein Neubeginn gewesen. Früher hat man von der Stunde Null geredet. Das war viel schlimmer. Das war vollkommen absurd. Bevor Sie sagen, es habe sich in Deutschland gar nicht so viel geändert, möchte ich Sie einmal um etwas bitten. Ich muss Ihnen sagen, es fällt auch mir schwer. Ich musste mich auch an die Vorstellung gewöhnen, aber es gibt ja mittlerweile Politiker aus anderen Ländern, die sagen, die Bundesrepublik Deutschland hat ein Maß an Vergangenheitsbewältigung hinbekommen, das beeindruckend ist. Dazu gehören übrigens auch israelische Botschafter, die in Deutschland akkreditiert waren. Ich würde gerne einen Vergleich nennen, und ich sage jetzt nicht, dass darüber in letzter Zeit viel diskutiert worden ist. Es geht jetzt nicht um die Frage des Völkermordes an den Armeniern und die Situation in der Türkei, sondern ich erinnere an Japan. Wir wissen doch, wie Vergangenheitsbewältigung - ich vermute, Sie wissen das - in Japan gelaufen ist, welche großen Schwierigkeiten - und das ist eine höfliche Formulierung -, und welche Widerstandskraft es dort von führenden Regierungsvertretern gibt, irgendwie anzuerkennen, was man in China gemacht hat. Man kann vieles an der Bundesrepublik kritisieren. Man kann auch sagen, dass dieser Prozess hätte schneller stattfinden sollen. Aber insgesamt hat er als ein gesellschaftlicher Prozess - und das ist eben der Unterschied zur DDR - stattgefunden. Dieser gesellschaftliche Prozess hat übrigens nicht durch einen Politiker stattgefunden, der das von oben verkündet hat. Anders als in der DDR hat er im Wesentlichen dann stattgefunden, als 1978 die Serie „Holocaust“ ausgestrahlt wurde. Das hat dazu geführt, dass man in allen Nachbarschaften, Vereinen, Schulen und so weiter gesucht hat, wo eigentlich unsere braune Vergangenheit ist. Deshalb plädieren wir als GRÜNE in der Frage der Beurteilung der deutschen Nachkriegsgeschichte vor allen Dingen für Augenmaß, für vernünftige Vergleiche und für Fairness in der Bewertung.